Freie Presse
SACHSENS GRÖSSTE ZEITUNG

Elternforderungen gehen ins Leere

Was nicht geschrieben steht: Lange Schulwege bleiben unbegrenzt und Elternbeiträge für den Schülerverkehr fallen nicht weg.

Von Uwe Kuhr
erschienen am 13.03.2016

Dresden. "Das neue Schulgesetz haben Politiker und Juristen gemacht." Dieser Satz aus der Kultusverwaltung des Freistaats klingt wie eine Entschuldigung für dessen Schwächen. Auch die Bürgerforen zum Gesetz haben nach Ansicht von Wolfgang Melzer, renommierter Bildungsforscher von der TU Dresden, keinen Durchbruch bei wichtigen Themen gebracht, die vor allem Eltern am Herzen liegen. Dort sei es beispielsweise nicht möglich gewesen, Themen wie "längeres gemeinsames Lernen" und "Gemeinschaftsschulen" anzusprechen. Obwohl das rund drei Viertel der Eltern wollen - zumindest bundesweit", so Melzer.

Hinter der Frage verbirgt sich der Wunsch, die Kinder nicht schon nach der vierten, sondern frühestens nach der sechsten Klasse für den Wechsel auf Oberschule oder Gymnasium zu trennen. Die Landesräte der Eltern und Schüler sind für letzteres. Sachsens CDU stelle sich hier seit Jahren quer, heißt es. Melzer verweist dagegen auf Thüringen, wo die CDU zu den Initiatoren von Gemeinschaftsschulen gehört. In neun Bundesländern gebe es bereits solche Angebote. Anderenfalls sagt Melzer für Sachsen ein stärkeres "Abwandern" von Kindern in Privatschulen voraus. Die Dresdner Initiative "Gemeinsam länger lernen in Sachsen" strebt einen Volksantrag an, um etwas zu ändern.

Auch zu der alten Elternforderung nach vergleichbareren Schulabschlüssen im Bund ist im Gesetz nichts zu lesen. Sachsens Lehrerverband hält das ebenfalls für wichtig. Zwar gibt es von Sachsen Bemühungen, beim Abitur die Abschlüsse vergleichbarer zu machen, aber für die zur Berufsausbildung wichtigen Zeugnisse nach der zehnten Klasse bewegt sich nichts. Mit dem sächsischen Abitur, das als schwer gilt und deshalb oft mit schlechteren Notendurchschnitten als im Bund endet, fühlen sich Absolventen bei Bewerbungen nicht selten benachteiligt.

Nicht erwähnt werden im Gesetz die zugewanderten ausländischen Schüler. Zwar gilt für alle Migrantenkinder die Schulpflicht, wie sie aber praktisch in Vorbereitungsklassen oder

mit Sprachfördermaßnahmen zu erfüllen ist, wird mit keinem Wort erwähnt. Diese Erwartung erfüllen Schulgesetze anderer Bundesländer. Sachsens Elternvertreter fordern in diesem Zusammenhang vor allem angepasste Klassengrößen, die Gewerkschaften treffender formulierte Bildungsziele. Es brauche auch mehr Fremdsprachenunterricht. Ihn empfiehlt der Lehrerverband bereits ab Klassenstufe eins.

Dem Rotstift zum Opfer gefallen ist die Umwelterziehung. Sie wurde als Paragraf aus dem alten Gesetz gestrichen. Sie ist nur noch allgemeiner Bildungsauftrag. Das ist nach Ansicht des Landesschülerrats anachronistisch: "Schule hat hier eine Pflicht." Lehrer verweisen auf fehlende Aussagen zu den Lehrmitteln, also etwa Anschauungsmodellen für den Fachunterricht.

Eltern sollen weiter für die Schülerbeförderung zahlen. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft fordert ein Ende dieser Ungleichbehandlung. Für Schulwege müssten außerdem Höchstzeiten festgelegt werden. Eltern verlangen vom Kultusministerium, die Ganztagsangebote an Nachmittagen zu Schulzeit zu erklären, damit Busunternehmen ihre Touren danach ausrichten. Derzeit können "Fahrschüler" diese Angebote oft gar nicht wahrnehmen.